21. Wahlperiode

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschussdrucksache 21(22)198
vom 6. November 2026

Stellungnahme Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum
Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin

zu TOP 1 der 31. Sitzung am 11. November 2026:

Jüdisches Leben schützen, Antisemitismus entgegentreten:
Lehren aus dem 9. November 1938

Dem Ausschuss ist das vorliegende Dokument in nicht barrierefreier Form zugeleitet worden.

TU Berlin | Zentrum für Antisemitismusforschung
Sekr. TEL 9-1 | Ernst-Reuter-Platz 7 | 10587 Berlin

Fakultät I | Geisteswissenschaften
Zentrum für
Antisemitismusforschung

Direktorin
Prof. Dr. Stefanie Schüler-Springorum

Sekretariat TEL 9-1 Raum 904
Ernst-Reuter-Platz 7
10587 Berlin

Telefon +49 (0)30 314-23154
Telefax +49 (0)30 314-21136
schueler-springorum@tu-berlin.de

Direktionsassistenz
Ramona Haubold

Telefon +49 (0)30 314-25851
Telefax +49 (0)30 314-21136
ramona.haubold@tu-berlin.de

Unser Zeichen:
| TEL 9-1

Berlin, 6. November 2026

Statement zum Fachgespräch des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages am Mittwoch, 11. November 2026:

Jüdisches Leben schützen, Antisemitismus entgegentreten: Lehren aus dem 9. November 1938

Der 9. November 1938

Bevor wir versuchen, Lehren aus dem 9. November 1938 zu ziehen, müssen wir uns zuerst die Frage stellen: Was war der 9. November 1938? Aus Sicht der historischen Forschung zum Nationalsozialismus war es der koordinierte, zentral gesteuerte Angriff des deutschen Staates auf die kleine, seit fünf Jahren diffamierte und bedrohte jüdische Minderheit in seiner Mitte. Um dies deutlich zu machen, wurden schon vor einiger Zeit die Begriffe „November Terror“ oder „Staatsterror“ zur Bezeichnung eines Ereignisses vorgeschlagen, das mit dem allgemein gebräuchlichen Wort „Pogrom“ nur unzureichend beschrieben ist. Denn anders als es NS-Propagandaminister Joseph Goebbels die Welt und vor allem die deutsche Mehrheitsbevölkerung glauben machen wollte, handelte es sich bei diesem Schlüsselereignis der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts keineswegs um einen „spontanen Ausbruch des Volkszorns“, wie man ihn vor allem aus Osteuropa kannte. Während Pogrome tatsächlich durch (mehr oder weniger) spontane Ausbrüche antijüdischer Gewalt aus der Bevölkerung heraus gekennzeichnet waren, bei denen die staatlichen Autoritäten eher passiv blieben, waren die Ereignisse, die sich am 9. und 10. November 1938 in deutschen Städten und Städtchen abspielten, genau das Gegenteil: eine gezielte Attacke staatlicher Organisationen und Institutionen auf Synagogen, Geschäfte, Wohnungen sowie Leib und Leben jüdischer Männer, Frauen und Kinder. Die Täter aus SA, SS, Polizei und HJ trugen Uniform, erst als deutlich wurde, dass man sich gefahrlos bereichern konnte, schlossen sich auch Passanten den Plünderungen und Gewalttaten an. In Nachkriegsprozessen konnten insgesamt 17.700 Täter namentlich ermittelt werden. Das Kalkül hinter diesen Taten aber erschließt sich

nur, wenn man die Entwicklung der NS-Politik gegen die eigene jüdische Bevölkerung seit 1933 betrachtet.[1]
Deren Ziel war von Anfang an die möglichst vollständige Vertreibung aller Juden und Jüdinnen aus Deutschland, die durch Diffamierungen und Misshandlungen, Entwürdigungen und Beleidigungen vorangetrieben wurde, aber auch durch den sehr konkreten Ausschluss aus immer mehr Lebensbereichen, durch den Verlust von Erwerbsmöglichkeiten und Zukunftschancen. Aber der Plan war nicht aufgegangen: Zu Beginn des Jahres 1938 lebten immer noch ca. 400.000 Juden in Deutschland, von denen viele vielleicht auswandern wollten, aber nicht konnten: Denn die staatliche antijüdische Politik hatte eine wachsende Verarmung zur Folge, während die Auswanderungswilligen immer brutaler ausgepresst wurden.[2] Insofern steht das Jahr 1938 für einen Wendepunkt in der NS-Politik, die nun auf direkte Gewaltmaßnahmen zu setzen begann: Im Januar 1938 wurden sowjetische Juden ausgewiesen, im Juni kam es im Kontext der Attacke gegen sogenannte „Asoziale“ auch zu Verhaftungen von 1500 meist wegen Bagatelldelikten vorbestrafter Juden, im Oktober folgten die Massenausweisungen von ca. 17.000 polnischen Juden. Der staatliche Terrorangriff vom 9. November löste schließlich die intendierte Massenflucht aus: ca. 120.000 Jüdinnen und Juden gelang es, aus Deutschland zu entkommen, bis dies mit Kriegsausbruch verboten wurde.
Aus jüdischer Sicht waren diese Ereignisse, die mancherorts schon am 7.11. begonnen hatten, die „Katastrophe vor der Katastrophe“, wie es unser Kollege Raphael Gross in Anlehnung an Dan Diner genannt hat.[3] Als große öffentliche Ereignisse sind dabei über Jahrzehnte hinweg vor allem zwei Tabubrüche in Erinnerung geblieben: zum einen der flächendeckende Angriff auf Synagogen, der auch von vielen abgelehnt wurde, die dem Nationalsozialismus ansonsten positiv gegenüberstanden, denn die Schändung bzw. Zerstörung eines Gotteshauses galt als Sakrileg und manche befürchteten insgeheim die Rache eines strafenden Gottes. Und zum anderen die im Begriff „Kristallnacht“ zum Ausdruck kommende Zerstörung von Eigentum, dessen Schutz grundsätzlich als staatliche Aufgabe galt und daher in der Öffentlichkeit nicht zelebriert werden sollte. Das Ausmaß der Zerstörung, die sich in den Wohnungen der jüdischen Familien abspielte, ist dagegen bislang kaum analysiert, aber in einigen eindrucksvollen Fotoserien überliefert worden.[4] Was sich hier austobte, richtete sich anschließend gegen die Bewohner der dort zu sehenden zertrümmerten Betten und Sessel: Die exzessive physische und psychische Gewalt und Qual, die in diesen Stunden und Tagen auf Männer, Frauen und Kinder niederprasselte. Sie geschah oftmals in der Öffentlichkeit zumindest der Mietshäuser und Straßen und findet sich auch in zahlreichen Zeitzeugenberichten wieder. Der hier zutage tretende Sadismus scheint sich bislang der öffentlichen Erinnerung zu verweigern, wirft er doch verstörende Fragen auf nach den Tätern, die sich hier, *vor* dem Krieg und vor der eigenen Haustür gegen die Schwächsten, die Alten und Kinder, aber auch in sexualisierter Form gegen Frauen und Mädchen austobten.[5] Insgesamt schätzt man die Zahl der in diesen Tagen Ermordeten auf mindestens 1000, die Zahl der Verletzten geht in die Tausende.
Sicher, es gab Nachbarinnen, die fliehende Kinder bei sich aufnahmen, Ärzte, die Verletzte versorgten, es gab den Berliner Polizeiwachtmeister Krützfeld, der die Synagoge in der Oranienburger Straße vor den Flammen rettete, und tapfere Feuerwehrmänner, die das taten, was ihre Aufgabe war. All dies waren absolute Ausnahmen. Die Bedeutung gerade der Beteilung tausender Jugendlicher an den öffentlichen Exzessen ist bis heute nicht erforscht worden. Und man weiß auch nichts über die Haltung des Publikums in Neustadt an der Weinstraße zu jenem Wagen, der im Februar 1939 den lokalen

[1] Ulrich Baumann/Francois Guesnet: Kristallnacht – Pogrom – State Terror: A Terminological Reflection, in: Wolf Gruner/Stephen J. Ross: New Perspectives on Kristallnacht: After 80 Years, the Nazi Pogrom in Global Comparison, Purdue 2019, 1-24.
[2] Wolf Gruner: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942), München 2002.
[3] Raphael Gross: November 1938. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013,
[4] Wolf Gruner: „Worse than Vandals”. The Mass Destruction of Jewish Homes and Jewish Responses during the 1938 Pogrom, in: ders./Ross, 25-45.
[5] Stefanie Schüler-Springorum: Die jüdische Minderheit in Königsberg/Pr. 1871-1945, Göttingen 1996, S. 348-253.

Rosenmontagszug schmückte: Eine brennende Synagoge aus Pappmaché war dort zu sehen, umgeben von Karnevalisten, die sich als „biblische“ Juden (inkl. Moses mit der Gesetzestafel) verkleidet hatten.[6]

2. Jüdisches Leben schützen, Antisemitismus entgegentreten

Warum ist es wichtig, sich heute, fast 90 Jahre später, mit diesen historischen Fakten immer wieder aufs Neue vertraut zu machen?
Der 9. November war der Angriff eines diktatorischen Staates auf eine Minderheit in seiner Mitte. In den fünfeinhalb Jahren zuvor war jegliche Opposition brutal ausgeschaltet, vertrieben oder in Konzentrationslager gesperrt worden – es gab fast niemandem mehr, der sich diesem Angriff solidarisch entgegenstellen konnte. Daraus folgt, dass es als erstes ganz grundsätzlich gilt, die Demokratie zu schützen – und zwar nicht lediglich im Sinne einer elektoralen Demokratie, sondern als liberale, wertebasierte Demokratie nach Art. 1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar - und dies gilt für alle: Der beste und wirksamste Schutz für Juden und Jüdinnen ist eine funktionierende Demokratie mit engagierten Bürger:innen, die diese Werte verinnerlicht haben. Denn nur so ist eine Gesellschaft als Ganzes in der Lage, allen Bestrebungen entgegenzutreten, die die Menschen in diesem Land in unterschiedlich wertvolle Mitglieder der Gesellschaft aufteilen wollen.
Wir alle wissen, dass dies in der Praxis eine Vielzahl von Fragen aufwirft, die sich vor allem auf die Rolle von jenen beiden Handlungsfeldern beziehen, die in diesem Zusammenhang am häufigsten diskutiert werden: Die vielfältigen Möglichkeiten staatlicher Repression und Strafe sowie die vielfältigen Möglichkeiten schulischer und außerschulischer Bildung. Was den ersten Bereich angeht, so bin ich der Ansicht, dass die derzeit geltenden Bestimmungen und Gesetze vollumfänglich ausreichen und keiner Veränderung bedürfen. Die kriminologische Forschung, aber auch die historische Erfahrung belegen zu genüge, dass einmal vorgenommene Verschärfungen die Tendenz haben, auf Dauer gestellt zu werden und ihren Wirkungsbereich auszuweiten. Zudem sind es gerade repressive Maßnahmen, die umgekehrt ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement eher verhindern statt motivieren. Will man also eine aktive Zivilgesellschaft fördern, so ist es unerlässlich, den Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und andere Formen der Menschenverachtung gemeinsam und lokal verankert zu führen, ohne die jeweiligen Spezifika dabei einzuebnen, denn nur so wird er für alle Beteiligten glaubwürdig.
Mir scheint daher der Fokus auf Bildung, wie wir ihn ja seit vielen Jahren kennen, weiterhin der wirksamste Schutz für Jüdinnen und Juden zu sein und der wirksamste Weg, unsere Gesellschaft resilienter zu machen gegen alle Verlockungen von Ungleichheit. All dies ist nicht neu, aber es gibt durchaus einige Stellschrauben, durch die der große Komplex „Bildung“ effektiver und nachhaltiger gestaltet werden kann:

- Mittlerweile gibt es eine Vielzahl von Projekten, die sich auf bundes-, landes- und kommunaler Ebene gegen Antisemitismus engagieren. Dies ist selbstverständlich zu begrüßen. Wünschenswert wäre jedoch eine konsequente Evaluierung dieser Projekte nach wissenschaftlichen Standards, um herauszufinden, was wirkt, was besser wirkt als anderes und was vielleicht überhaupt nicht das angestrebte Ziel erreicht.

- Zugleich gilt es ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Bekämpfung von Antisemitismus einen langen Atem braucht und die unterschiedlichen Träger dieser Arbeit dementsprechend die Garantie langfristiger Förderung benötigen, statt, wie, es allgemein heute usus ist, immer wieder befristete Projektförderungen.

- Was den großen Bereich der schulischen Bildung angeht, so liegt der Mangel hier eher im Grundsätzlichen: Schon vor über 30 Jahren hatte seinerzeit das Leo-Baeck-Institut eine Schulbuchkommission damit beauftragt, konkrete Vorschläge zu unterbreiten, wie man die

[6] Foto in: Alon Confino: A World without Jews. The Nazi Imagination from Persecution to Genocide, New Haven 2014, S. 149.

Darstellung des jüdischen Lebens als integraler Bestandteil der Geschichte dieses Landes in die Lehrmittel aller Schultypen aufnehmen kann. Mittlerweile sind wir einige Schritte weiter (auch dank der Arbeit des Georg-Eckert-Instituts für Schulbuchforschung). Aber was nützen die besten Schulbücher, wenn der Unterricht in den dafür infrage kommenden Fächern in den letzten Jahrzehnten sukzessive gekürzt wurde und zudem die Lehrkräfte gar nicht entsprechend ausgebildet werden können?

- Denn tatsächlich wird die diesbezügliche Situation an den Universitäten viel zu wenig wahrgenommen. Während es traditionell die Gedenkstätten sind, an denen nicht nur Bildung, sondern auch Forschung zur Geschichte des Holocaust geleistet wird, sind die Themen, um die es hier geht – Jüdische Geschichte und Gegenwart, Geschichte des Antisemitismus und des Holocaust - an den Universitäten erstaunlich schlecht verankert. Jüdische Studien kann man an manchen Orten mehr oder weniger breit studieren, allerdings sind auch sie z.Zt. massiven Kürzungen ausgesetzt bzw. davon bedroht. Ähnlich wie bei den Gender Studies hat dies aber dazu geführt, dass sie eben gerade nicht als inhärenter Teil der deutschen Geschichte ganz selbstverständlich zum Kanon gehören. Noch kärglicher ist die Landschaft in Bezug auf die Geschichte des Antisemitismus und des Holocaust. Zwar gibt es an nicht wenigen historischen Seminaren in Deutschland Kolleginnen und Kollegen, die zu diesen Themen arbeiten, diese aber sind in den Fachbereichen nicht strukturell verankert, sondern fallen meist allgemein unter „Zeitgeschichte“ oder „Geschichte des 20. Jahrhunderts“. Es existiert eine einzige Professur zur Geschichte des Holocaust, seit 2017 in Frankfurt a.M., sowie eine Stiftungsprofessur an der Universität Gießen mit dem Schwerpunkt der „Holocaust- und Lagerliteratur“, ebenfalls seit 2017. Vor diesem Hintergrund erstaunen vielleicht die Klagen über schlecht ausgebildete Lehrkräfte weniger, die man in den Gedenkstätten zu hören bekommt, und auch nicht die Ergebnisse einer Serie von Studien der Stiftung Erinnerung – Verantwortung – Zukunft, die konstatieren, dass das Wissen über Nationalsozialismus und den Massenmord an den europäischen Juden kontinuierlich abnimmt.

All dies sind Befunde, die zum einem dazu anregen sollten, bestimmte Konzepte grundsätzlich zu überdenken und zum anderen noch einmal deutlich machen, dass nachhaltige Wirkungen im Kampf gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens nur dann erzielt werden können, wenn man Förderprogramme und Bildungseinrichtungen gemeinsam in den Blick nimmt. Ziel dabei muss es sein, Antisemitismus als Gefährdung der demokratischen Gesellschaft als Ganzes zu verstehen und zu vermitteln.